



**Für Ernährungssouveränität.**  
Die Landwirtschaft betrifft uns alle.

Allianz für Ernährungssouveränität  
Postfach 925  
1001 Lausanne  
www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

  
**FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT**  
Uniterre  
Avenue du Grammont 9  
1007 Lausanne  
info@uniterre.ch  
www.uniterre.ch

## An die Medien

Lausanne, 15. Dezember 2017

### Die Ernährungssouveränität im Nationalrat behandelt

Am 5., 7. und 15. Dezember hat der Nationalrat über die Initiative für die Ernährungssouveränität diskutiert. Viel wurde gesagt während dieser Debatte über die Zukunft der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, doch scheint es, dass das Parlament sich der Grösse des Problems noch nicht bewusst ist. Unsere bäuerliche Landwirtschaft verschwindet und das Ernährungssystem wird industrialisiert. Kein einziger Aspekt der Nachhaltigkeit ist realisiert.

**Auf sozialer Ebene sind die Bauern und Bäuerinnen heute Burn-out Kandidaten und gehören zu den den Working-Poor.** Bei den KonsumentInnen werden Nahrungsmittel-unverträglichkeiten immer häufiger, und sie flüchten sich in Schnäppchenstrategien als Sparmassnahme bei der Ernährung. Auf der wirtschaftlichen Ebene gibt es keinen Produzentenpreis, der die Kosten deckt und einträglich ist, es herrscht – unter Ausnahme der Direktvermarktung – ein dauernder Preisdruck.

**Gleichzeitig sprengt unsere Wirtschafts- und Lebensweise die Belastungsgrenzen unseres Ökosystems.** Die industrielle Landwirtschaft und das Ernährungssystem haben daran einen grossen Anteil. In der Schweiz sind sie zum Beispiel gemäss einer Studie von Agroscope (2017) für 30% der Emission an klimaschädlichen Gasen verantwortlich. Auch weltweit verschärft die industrielle Landwirtschaft die Klimakrise. Balthasar Glättli, Nationalrat der Grünen, stellt klar: „Ernährungssouveränität ist die soziale und ökologische Antwort auf die schädliche Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Initiative stärkt die regionale Landwirtschaft und die Direktvermarktung und setzt dem schrankenlosen Freihandel Grenzen.“

Das Parlament hingegen spielt Parteipolitik unter dem Einfluss der Lobbygruppen, während die Verwaltung und der Bundesrat mit ihrer Gesamtschau die neoliberale Deregulierung und damit die Zerstörung der vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft weiter vorantreiben wollen. Dabei werden Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Primärsektor, welcher die eigentliche Basis des ganzen Wohlstandes ist, wegrationalisiert. Schlussendlich hat es noch keine Abstimmung zur Initiative gegeben. Auf den Gegenvorschlag von Beat Jans (SP) wurde mit 126 zu 49 Stimmen und 6 Enthaltungen nicht eingetreten.

Wenn der Ständerat keine Kehrtwende macht und zumindest einen substantiellen Gegenvorschlag verabschiedet, wird das letzte Wort einmal mehr bei den Stimmberechtigten liegen, um die Welt der PolitikerInnen unter der Bundeskuppel aufzurütteln.

#### Medienkontakt:

Pierre-André Tombez, Präsident Allianz für Ernährungssouveränität, 079 634 54 87 (f/d)  
Ulrike Minkner, Vize-Präsidentin Allianz für Ernährungssouveränität, 032 941 29 34 (d/f)  
Charles-Bernard Bolay, Präsident Uniterre, 079 409 14 42 (f)  
Rudi Berli, Sekretär Uniterre, 078 707 78 83 (d/f)

*Die Allianz für Ernährungssouveränität wurde im September 2016 gegründet und ist Trägerin der Initiative für Ernährungssouveränität. Unter ihrem Dach versammeln sich rund 250 Einzelpersonen und Organisationen aus landwirtschaftlichen, kirchlichen und sozialen Bewegungen.*